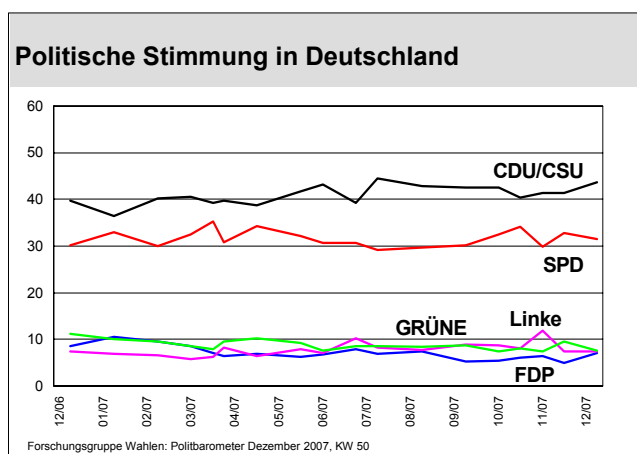


Vom 11.12. – 13.12.07 wurden in Deutschland 1.352 zufällig ausgewählte Wahlberechtigte telefonisch befragt. Hier die wichtigsten Ergebnisse:

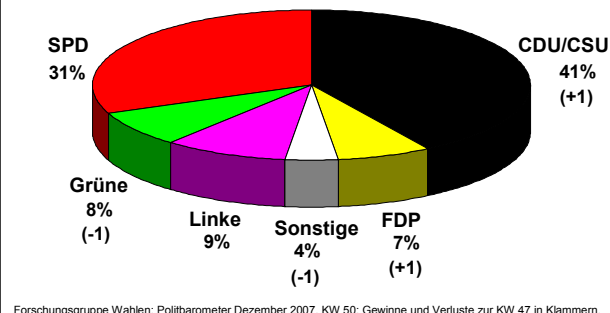
Zum Jahresende verbessert sich die Union in der politischen Stimmung auf 44% (+3), die SPD verliert dagegen leicht und kommt auf 32% (-1). Damit vergrößert sich der Abstand der beiden Koalitionspartner nach acht Punkten vor drei Wochen auf jetzt zwölf Prozentpunkte. Auf 7% zulegen kann die FDP (+2), die Linke kommt unverändert auf 7%. Die Grünen erreichen bei Einbußen 8% (-2). Die sonstigen Parteien liegen zusammen bei 3% (-1).



Wenn jedoch am nächsten Sonntag wirklich Bundestagswahl wäre, würden längerfristige Grundüberzeugungen und taktische Überlegungen das Wahlverhalten stärker beeinflussen, als es in den augenblicklichen Stimmungen zum Ausdruck kommt. Dem trägt unsere Projektion Rechnung.

Wäre bereits am nächsten Sonntag Bundestagswahl, könnte die CDU/CSU mit 41% (+1) rechnen. Die SPD käme unverändert auf 31%. Die FDP könnte sich auf 7% (+1) verbessern, die Linke würde konstant 9% erreichen und die Grünen hätten leichte Verluste und kämen auf 8% (-1). Die sonstigen Parteien erhielten zusammen 4% (-1).

Projektion:
Wenn am nächsten Sonntag wirklich Bundestagswahl wäre ...



Regierung und Opposition

Die Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung und der drei Oppositionsparteien fällt im Dezember nur geringfügig anders aus als zuletzt. Für ihre gemeinsamen Leistungen erhalten die beiden Koalitionäre auf der +5/-5-Skala jetzt eine etwas verbesserte Note von 0,5. Die Regierungsarbeit der CDU/CSU im Einzelnen beurteilen die Bürger erneut mit einem Durchschnittswert von 0,5, und die Leistungen der SPD werden wieder mit 0,4 eingestuft. Mit -0,2 sehen die Befragten die Leistungen der FDP in der Opposition nach wie vor leicht negativ. Besonders unzufrieden sind die Bürger mit der Linken, die wie zuvor mit -1,6 bewertet wird, und auch die Note für die Grünen liegt mit -0,3 weiterhin im Minusbereich der Skala.

Zufriedenheit mit Regierung und Opposition:

(Mittelwerte auf einer Skala von +5 bis -5)

	Okt-II	Nov-I	Nov-II	Dez
Regierung ges.	0,6	0,4	0,3	0,5
CDU/CSU in d. Reg.	0,7	0,4	0,5	0,5
SPD in d. Reg.	0,5	0,4	0,4	0,4
FDP-Opposition	-0,1	-0,2	-0,2	-0,2
Linke-Opposition	-1,8	-1,5	-1,6	-1,6
Grüne-Opposition	-0,3	-0,3	-0,4	-0,3

Nicht viel anders als im ganzen Jahr 2007 bewerten die Bundesbürger auch im Dezember die Arbeit der Kanzlerin: 77% geben jetzt an, Angela Merkel mache ihre Sache eher gut (eher schlecht: 18%).

Beurteilung der zehn wichtigsten Politiker:

(Mittelwerte +5/-5-Skala)	alle Befragte				eigene Anhänger			
	Okt-II	Nov-I	Nov-II	Dez	Okt-II	Nov-I	Nov-II	Dez
Frank-Walter Steinmeier	1,7	1,8	1,8	2,0	2,1	1,9	2,3	2,3
Angela Merkel	2,1	2,1	1,7	1,9	3,7	3,7	3,4	3,6
Franz Müntefering	0,9	0,8	1,6	1,8	1,8	1,6	2,2	2,7
Peer Steinbrück	1,4	1,3	1,3	1,5	1,8	2,1	1,8	2,2
Ursula von der Leyen	0,8	0,9	0,7	1,0	1,4	1,5	1,5	1,8
Günther Beckstein	---	---	0,8	0,8	---	---	1,6	1,9
Kurt Beck	0,9	0,8	0,7	0,8	2,1	2,1	2,1	2,0
Wolfgang Schäuble	0,3	0,4	0,2	0,4	1,5	1,7	1,7	1,9
Guido Westerwelle	0,1	0,0	0,1	0,1	1,8	2,0	2,4	2,4
Oskar Lafontaine	-1,2	-1,2	-1,0	-1,1	1,7	1,2	2,4	2,0

Mit Ausnahme von Günther Beckstein erhalten im Dezember alle Mitglieder der beiden Regierungsparteien, die zu den Top Ten gehören, bei der Bewertung nach Sympathie und Leistung etwas bessere Noten als vor drei Wochen. Mit einem leichten Plus in der Note (2,0) führt Außenminister Frank-Walter Steinmeier das Ranking weiter an. Knapp dahinter folgt mit einem ebenfalls verbesserten Durchschnittswert von jetzt 1,9 Bundeskanzlerin Angela Merkel. Jeweils zulegen konnten der ausgeschiedene Arbeitsminister Franz Müntefering mit aktuell 1,8 sowie Finanzminister Peer Steinbrück, der auf 1,5 kommt. Einen deutlichen Imagegewinn gibt es mit einer Beurteilung von 1,0 für Familienministerin Ursula von der Leyen, die damit einen Platz auf der Rangliste gut gemacht hat. Mit konstant 0,8 stufen die Bürger den bayerischen Ministerpräsidenten Günther Beckstein ein, der ähnlich wie der Außen- und der Finanzminister allerdings von ungefähr 30% der Befragten nicht bewertet wurde, weil er ihnen nach eigenen Angaben nicht bekannt genug ist. Mit einer leicht verbesserten Note von ebenfalls 0,8 folgt der SPD-Vorsitzende Kurt Beck knapp hinter Günther Beckstein wieder auf Rang sieben. Innenminister Wolfgang Schäuble erhält eine etwas verbesserte Note von 0,4. Der FDP-Bundesvorsitzende Guido Westerwelle wird dagegen erneut nur mit 0,1 beurteilt. Den letzten Platz im Ranking nimmt wie in den letzten Monaten der Linke-Vorsitzende Oskar Lafontaine ein, dessen Note jetzt etwas negativer als vor drei Wochen ausfällt.

Die wichtigsten Themen im Dezember

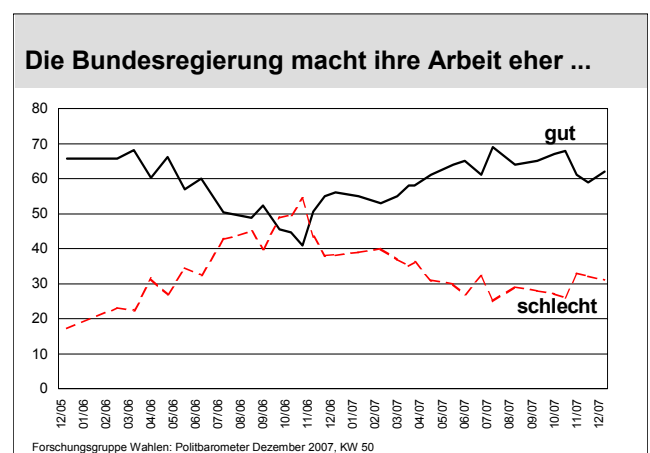
Neben der Arbeitslosigkeit stellt die Entwicklung von Kosten, Preisen und Löhnen weiterhin eines der wichtigsten Probleme dar, die wir aus Sicht der Befragten in Deutschland haben. Etwas zugenommen hat die Relevanz von Fragen zu Familie, Jugend und Kindern sowie das Thema „soziales Gefälle“.

Die wichtigsten Themen im Dezember:

	Nov-II	Dez
Arbeitslosigkeit	46 %	49 %
Kosten/Preise/Löhne	25 %	25 %
Familie/Jugend/Kinder	11 %	14 %
„soziales Gefälle“	10 %	14 %
Umweltschutz/Klima	7 %	13 %
Rente/Alterssicherung	9 %	8 %
Verdross Politik/Politiker	9 %	6 %
Bildung/Schule	5 %	6 %
Gesundheitswesen/Pflege	5 %	5 %
Wirtschaftslage	4 %	4 %

Beurteilung der Bundesregierung

Das allgemeine Urteil über die Arbeit der Bundesregierung fällt aktuell etwas besser aus als vor drei Wochen: 62% sagen jetzt, dass die schwarz-rote Koalition ihre Arbeit eher gut macht, 31% sind der Meinung, dass sie eher schlechte Leistungen bringt. Nach einem Tiefpunkt im Herbst 2006 bewerten die Bürger die Regierung in letzter Zeit wieder ähnlich positiv wie zu Anfang der Legislaturperiode.



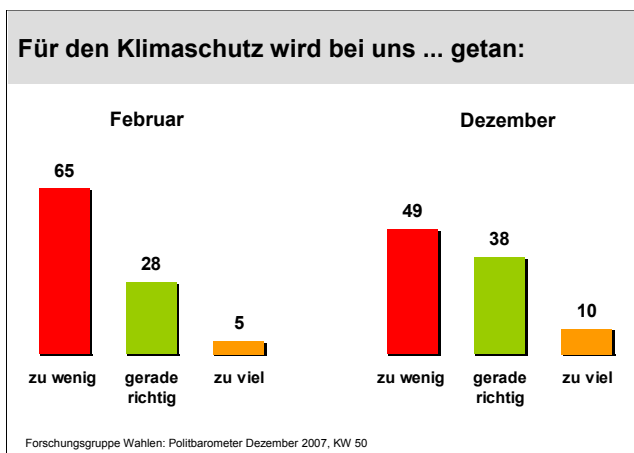
Beurteilung alternativer Koalitionen

48% der Deutschen sind der Meinung, dass es keinen großen Unterschied machen würde, wenn die Union zusammen mit der FDP an der Regierung wäre, 20% gehen davon aus, dass sie es besser machen würden als die Große Koalition, 23% erwarteten schlechtere Leistungen. Auch 48% der Unionsanhänger meinen, dass es vergleichsweise keinen großen Unterschied machen würde, wenn Schwarz-Gelb an der Regierung wäre (besser: 35%; schlechter: 11%).

Zwar nehmen auch 38% der Befragten an, dass es im Vergleich zur Großen Koalition kaum einen Unterschied machen würde, wenn SPD und Grüne regieren würden, aber 41% gehen in diesem Fall von schlechteren Leistungen aus; nur 14% denken, eine rot-grüne Koalition würde es besser machen. Von den SPD-Anhängern denken 40%, es würde keinen großen Unterschied machen, wenn Rot-Grün regierte (besser: 31%; schlechter: 25%).

Klimaschutz in Deutschland

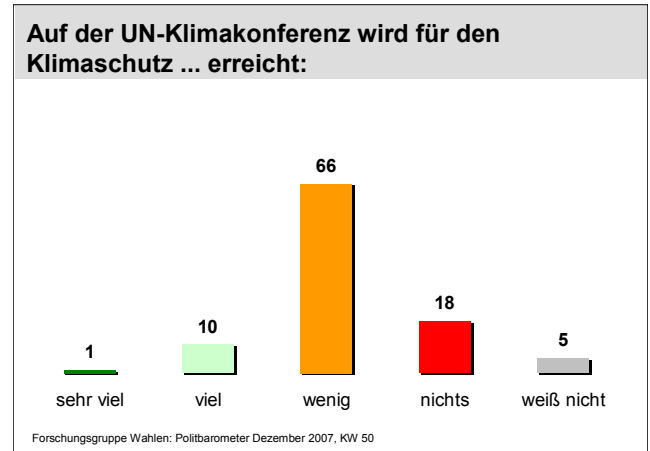
Die Maßnahmen zum Schutz des Klimas werden im Vergleich zu Februar jetzt auffällig anders beurteilt: Während vor zehn Monaten knapp zwei Drittel aller Befragten (65%) der Meinung waren, dass bei uns in Deutschland zu wenig für den Klimaschutz getan werde, sagen jetzt mit 49% deutlich weniger, es werde nicht genug getan. 38% halten die Anstrengungen in Sachen Klimaschutz mittlerweile für ausreichend und 10% denken sogar, dass hier zu viel unternommen wird (weiß nicht: 3%).



UN-Klimakonferenz

Von der UN-Klimakonferenz auf Bali erwarten nur die wenigsten Deutschen große Erfolge für den Klimaschutz: 1% glaubt, es werde dort sehr viel erreicht, 10% erwarten, dass viel erreicht wird. Die Mehrheit der Befragten (66%) geht davon aus, dass wenig

Erfolge erzielt werden und 18% vermuten, dass am Ende gar keine Fortschritte gegen die Erderwärmung erreicht werden, 5% urteilen hier nicht. In allen Parteianhängergruppen sind diejenigen in der Mehrheit, die nur geringe Erwartungen an die Weltklimakonferenz haben.



Managergehälter

Zusammen 85% der Bürger finden die Gehälter von Managern großer Unternehmen in Deutschland viel zu hoch (51%) bzw. zu hoch (34%). 10% halten sie im Großen und Ganzen für angemessen, für zu niedrig bzw. viel zu niedrig hält sie lediglich 1%. Weitgehend Konsens besteht hier zwischen den Parteianhängergruppen. Diese Meinung haben sich die Bundesbürger aber nicht erst durch die Kritik der Bundeskanzlerin an den hohen Abfindungen von Managern und der dadurch angestoßenen Debatte gebildet: Bereits im Juni dieses Jahres fiel das Urteil in dieser Frage nämlich praktisch genauso aus.

Nicht ganz einig sind sich die Befragten allerdings darüber, ob der Staat in Sachen Managergehälter in einer wie auch immer gearteten Form eingreifen sollte: 53% sprechen sich dafür aus, 43% meinen, dass der Staat dies nicht tun sollte. Eher gegen eine staatliche Einmischung sprechen sich die Anhänger von Union, FDP und Grünen aus.

Sollte der Staat eingreifen, wenn es um die Höhe der Managergehälter geht?

	ja	nein	weiß nicht
alle	53 %	43 %	5 %
CDU/CSU-Anh.	45 %	50 %	5 %
SPD-Anh.	53 %	45 %	2 %
FDP-Anh.	38 %	59 %	3 %
Linke-Anh.	62 %	36 %	2 %
Grüne-Anh.	44 %	53 %	3 %

Allgemeine wirtschaftliche Lage

Die Beurteilung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage im Land fiel das ganze Jahr über recht stabil aus. Aktuell sind 53% der Meinung, dass es uns wirtschaftlich teils gut, teils schlecht geht, 27% halten die ökonomische Situation für gut und 19% für schlecht.

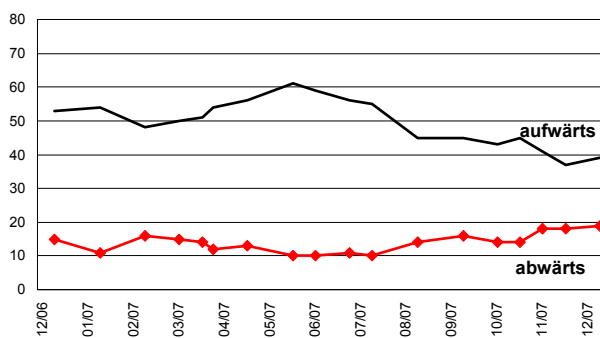
Allgemeine wirtschaftliche Lage:

	Okt-II	Nov-I	Nov-II	Dez
gut	28 %	30 %	31 %	27 %
teils/teils	54 %	51 %	49 %	53 %
schlecht	17 %	19 %	19 %	19 %

Wirtschaftliche Entwicklung

Vergleichsweise etwas abgeschwächt hat sich seit Mitte des Jahres die optimistische Stimmung bezüglich der ökonomischen Entwicklung. Derzeit glauben 39%, dass sich an der wirtschaftlichen Lage in nächster Zeit nicht viel ändern wird. Ebenfalls 39% rechnen mit einer positiven konjunkturellen Entwicklung, 19% befürchten einen Abwärtstrend.

Mit der Wirtschaft geht es eher ...



Forschungsgruppe Wahlen: Politbarometer Dezember 2007, KW 50

Eigene wirtschaftliche Lage

44% der Befragten erklären, dass sie in finanziell guten Verhältnissen leben würden, 44% bezeichnen ihre eigene Lage als teils gut, teils schlecht und 12% geht es nach eigenen Angaben ökonomisch schlecht.

Eigene wirtschaftliche Lage:

	Okt-II	Nov-I	Nov-II	Dez
gut	44 %	43 %	41 %	44 %
teils/teils	43 %	43 %	44 %	44 %
schlecht	13 %	14 %	15 %	12 %

Eigene wirtschaftliche Lage im Rückblick

Gut die Hälfte der Befragten (54%) sagt, dass sich an ihrer wirtschaftlichen Lage im Jahr 2007 im Vergleich zum Vorjahr nicht viel verändert hat. 31% erklären, ihre Situation habe sich verschlechtert und lediglich bei 15% hat sich gegenüber 2006 etwas an der persönlichen finanziellen Lage verbessert. Während von den berufstätigen Befragten 22% angeben, dass es ihnen jetzt besser ginge, hat sich nur bei 4% der Rentner etwas zum Positiven verändert; von allen anderen Befragten, die z.B. arbeitslos, in Ausbildung oder Hausfrauen sind, sagen 12%, es habe bei ihnen in finanzieller Hinsicht eine Verbesserung gegeben.

Persönliche Bewertung des Jahres 2007 und Erwartungen für 2008

Das allgemeine Resümee über das Jahr 2007 unterscheidet sich nur geringfügig von dem des Vorjahres: 69% der Befragten geben an, dass für sie persönlich das zu Ende gehende Jahr eher positiv verlief, 28% sagen, für sie sei es eher ein schlechtes Jahr gewesen, der Rest äußert sich nicht dazu.

Die Erwartungen der Bürger, wie das kommende Jahr wird, haben sich im Vergleich zum Vorjahr leicht verändert: Eine Mehrheit von 59% (Dezember 2006: 54%) glaubt, dass das Jahr 2008 für sie persönlich nicht viel anders wird, zuversichtlich zeigen sich 30% (Dezember 2006: 29%), aber mit 9% befürchten weniger Befragte, dass sie ein schlechteres Jahr haben werden (Dezember 2006: 16%). 3% machen keine Angabe.

Herausgeber: Forschungsgruppe Wahlen e.V.
68011 Mannheim, Postfach 10 11 21, Tel. 0621/1233-0
FAX: 0621/1233-199, Internet: www.forschungsgruppe.de

E-Mail: info@forschungsgruppe.de

Die Politbarometer-Untersuchungen werden im Auftrag des ZDF erhoben. Tag der Sendung: 14.12.07. Nächste Sendung: Freitag, der 11.01.08 nach dem "heute-journal". Die Fehlertoleranz bei 1.250 Befragten und einem Parteianteil von 40% beträgt plus/minus 2,7 Prozentpunkte, bei einem Parteianteil von 7% liegt sie bei plus/minus 1,4 Prozentpunkten. In der Vergangenheit waren die Umfrageergebnisse der Forschungsgruppe Wahlen aber häufig deutlich genauer. Rundungsbedingt kann es vorkommen, dass die Summe der ausgewiesenen Prozente nicht 100 beträgt. Für diesen Überblick erheben wir eine jährliche Schutzgebühr in Höhe von € 25,- bei Postversand und € 15,- bei Versand als E-Mail. Nachdruck mit Quellenangabe und Belegexemplar gestattet.

Hinweis zu den Tabellen:

Okt-II: PB KW 42/2007
Nov-II: PB KW 47/2007

Nov-I: PB KW 45/2007
Dez : PB KW 50/2007